

Montag, 18. September 1967.

Kleine Anfrage Dürrenmatt vom 5. Juni 1967.  
Kleine Anfrage Binder vom 27. Juni 1967.

Politisches Departement. Antrag vom 16. September 1967 (Beilage).

Gestützt auf die Ausführungen des Politischen Departementes  
hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die vorgelegten Antwortentwürfe auf die Kleinen Anfragen  
Dürrenmatt vom 5. Juni 1967 und Binder vom 27. Juni 1967 betreffend  
Einstellung der Technischen Zusammenarbeit mit Algerien und Ent-  
wicklungshilfe für Guinea werden genehmigt (siehe Beilage).

An den Nationalrat.

Protokollauszug (20) an das Politische Departement, an das  
Volkswirtschaftsdepartement (Handelsabteilung) zur Kenntnis und an  
das Sekretariat der Bundesversammlung.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

*Flocher*

t.011 - PI/ki

Bern, den 16. September 1967

AusgeteiltA n d e n B u n d e s r a t

Kleine Anfrage Dürrenmatt vom 5. Juni 1967  
Kleine Anfrage Binder vom 27. Juni 1967

---

1. Wir unterbreiten Ihnen die beiden Kleinen Anfragen gleichzeitig, weil sie ein ähnliches Thema betreffen, nämlich die Entwicklungshilfe an Länder, deren Verhalten bei uns Anstoss erregt hat, sodass die Meinung aufkommen konnte, es sei die Hilfe an diese Länder einzustellen.

Es ist klar, dass wir in unserer bilateralen Hilfe nicht allen Ländern gleichmässig helfen können (ungenügende Mittel, Zersplitterung unserer Anstrengungen) und dass wir deshalb in erster Linie solchen Ländern helfen, welche sich um gute Beziehungen zur Schweiz bemühen und auch im Verhältnis zu Drittländern eine Haltung einnehmen, die dem Ziel friedlichen Zusammenlebens der Völker und des Ausbaus der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage des Rechts entspricht. Das darf indessen nicht dazu führen, dass wir uns zum Richter über das Verhalten anderer souveräner Staaten machen und uns vornehmen, sie durch vermehrte Entwicklungshilfe zu belohnen oder durch Entzug der Hilfe zu bestrafen. Jedenfalls darf nicht dieser Eindruck nach aussen bestehen, da wir sonst unsere Hilfe in den Augen der Entwicklungsländer diskreditieren würden. Diese würden eine derartige Politik als den Versuch einer Einmischung in ihre Angelegenheiten betrachten. Die Entwicklungshilfe ist eine lang-

fristige Aufgabe mit dem Ziel der Hebung der Entwicklungsländer und der Festigung ihrer Beziehungen zu unserem Lande. Dieses Ziel kann nur durch eine gewisse Konstanz unserer Haltung erreicht werden. Den durchaus begreiflichen spontanen Reaktionen der Fragesteller muss deshalb eine nuanciertere Haltung des Bundesrates gegenübergestellt werden.

2. Kleine Anfrage Dürrenmatt:

In den Tagen des Ausbruchs des Israel-Konfliktes, als die proisraelischen Wellen hoch gingen, hat der Vorsteher des Politischen Departements vor dem Parlament erklärt, dass die Frage der Entwicklungshilfe an die arabischen Staaten überprüft werde. Die Antwort auf die Kleine Anfrage Dürrenmatt kann als Ergebnis dieser Prüfung aufgefasst werden. Bewusst möchten wir die Antwort nicht auf den Fall Algeriens, ja nicht einmal auf den Fall der arabischen Staaten beschränken - wir erwähnen sie deshalb nicht -, sondern die Antwort soll auch für andere kriegführende Entwicklungsländer gelten (ganz ähnliche Ueberlegungen waren z.B. für unsere Haltung gegenüber dem Indonesien Soekarno's massgebend).

Unsere Haltung lässt sich dahin definieren, dass wir begonnene Aktionen wenn möglich zu Ende führen, uns aber bei neuen Aktionen Zurückhaltung auferlegen. Diese Zurückhaltung wird mit rein sachlichen, apolitischen Argumenten begründet, im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, die meist politisch-gefühlsmässig reagiert. Die sachlichen Argumente ergeben sich aus der Notwendigkeit, dass der Hilfe von aussen ein entsprechender Einsatz des Entwicklungslandes selber gegenüberstehen muss.

Auf diese Weise genügen wir auch den Anforderungen der Neutralitätspolitik. Die proisraelische öffentliche Meinung in der Schweiz hat die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität in den Augen der Araber belastet. Um so mehr muss darauf geachtet werden, dass die offizielle Haltung nicht als Parteinahme am Konflikt ausgelegt werden kann. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage eignet sich freilich

nicht, der Oeffentlichkeit eine Neutralitätspolitische Lektion zu erteilen. Man müsste dazu viel zu weit ausholen. Wir verwenden deshalb in unserem Antwortentwurf das Wort "Neutralität" oder "Neutralitätspolitik" bewusst nicht. Der politisch geschulte Leser wird aber dem letzten Satz ohne weiteres entnehmen können, dass es sich um eine Neutralitätspolitische Ueberlegung handelt.

Was die künftige Hilfe an arabische Staaten betrifft, möchten wir uns nicht unnötig die Hände binden. Die Beziehungen zu diesen Ländern sind derart wichtig, dass es auch in unserem eigenen Interesse liegt, ein gewisses Mass an Entwicklungshilfe aufrecht zu erhalten. Ausserdem bestehen grosse Unterschiede von Land zu Land. So besteht mit Tunesien, das auch im Israel-Konflikt eine relativ gemässigte Haltung einnimmt, eine erfreuliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe. Wir möchten also neue Hilfsprojekte nicht generell ausschliessen, sondern lediglich bis auf weiteres eine gewisse Zurückhaltung üben.

### 3. Kleine Anfrage Binder:

Vorerst einige Tatsachen: Es handelt sich bei den Ausweisungen um katholische Missionare und Laienhelfer, und zwar insgesamt 45 Personen schweizerischer Nationalität, daneben auch solche anderer Nationalität. Die Aktion ist somit gegen den Vatikan und nicht gegen die Schweiz gerichtet. Die Tätigkeit dieser Schweizer auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe - nur diese ist Gegenstand der Intervention von Nationalrat Binder - ist uns im einzelnen nur insofern bekannt, als wir im Rahmen unseres Programms der technischen Hilfe an 11 Laienhelfer eine Pauschalsubvention (3'000 Fr. pro Laienhelfer und Jahr) ausgerichtet haben. Grössere Projekte der katholischen Missionen in Guinea sind vom Bund nicht subventioniert worden.

Die christlichen Missionen werden trotz ihren Verdiensten um das Land und seine Entwicklung von den Regierungen verschiedener Entwicklungsländer wenig geschätzt. Wo dies der Fall ist, schreiten die Behörden in der Regel zu einem allmählichen Abbau des Bestandes

an Missionspersonal, indem sie Einreisevisa verweigern oder immer spärlicher erteilen. Nicht so in Guinea, wo die Ausweisung einer grossen Zahl von Missionaren und ihrer Helfer als eine ausserordentlich rigorose Massnahme bezeichnet werden muss. Die schweizerische Botschaft hat sich, im Gegensatz zu ihren belgischen, französischen und amerikanischen Kollegen, energisch für die Rückgängigmachung der Massnahme eingesetzt, leider ohne Erfolg. In seinem Rückblick auf die Ereignisse äussert sich Botschafter Frochoux am 9. Juni wie folgt:

" Les événements ont cependant démontré une fois de plus que lorsque le Président s'est engagé publiquement sur une voie donnée, il se trouve prisonnier de sa propre attitude et qu'un compromis est difficilement réalisable.

Que faut-il retenir de ces événements?

Tout d'abord, sans doute, que l'Eglise catholique n'avait pas pris une conscience suffisante du réveil des mentalités africaines et des difficultés qui surgiraient inmanquablement en laissant sur place, en Guinée comme ailleurs, des missionnaires qui avaient oeuvré sous le régime colonial et dont ils conservaient une certaine nostalgie. Il eut fallu procéder, dès l'indépendance, à une relève complète de manière à éviter que par son attitude consciente ou inconsciente le missionnaire ne soit le reflet d'un passé qui exacerbe partout un nationalisme africain d'autant plus sensibilisé qu'il est de date récente.

Ensuite, les conversations que j'ai pu avoir à Bamako avec des personnalités religieuses des deux races m'ont convaincu des difficultés que représente la cohabitation sous une même hiérarchie (noire) de prêtres ou de missionnaires des deux races. Non pas que des heurts aigus se produisent fréquemment ou que l'élément blanc ait une peine excessive à se soumettre à un supérieur noir. Les difficultés proviennent essentiellement d'un réflexe instinctif de la part du Noir. C'est comme

s'il surgissait du tréfond d'un passé ancestral une sorte de ressentiment non défini et non contrôlé à l'égard du Blanc qui fut naguère et toujours le supérieur, celui à qui il fallait obéir, celui qui avait toujours raison. Cela se manifeste par une certaine attitude hautaine, par des gestes condescendants ou par une petite remarque sans importance mais légèrement blessante. Cette situation n'ira qu'en s'accroissant au fur et à mesure que les éléments Noirs deviendront plus nombreux et prendront de plus en plus conscience de leur valeur propre et de leur appartenance individuelle à part entière à la communauté des hommes. Ce processus est irréversible et l'Eglise romaine serait bien avisée de prendre garde à ce problème.

Pour revenir au problème propre de la Guinée, à l'attitude intransigeante du Président s'est opposée l'attitude non moins intransigeante du Saint-Siège qui n'a pas cédé sur les principes et qui, finalement, a donné l'ordre à tous les religieux et religieuses de ne quitter leur paroisse que lorsque l'ordre d'expulsion leur serait signifié par le Gouverneur de la région. Sauf un petit incident à Boké, le départ s'est effectué sans complication. Et l'on parle déjà de l'Eglise de Guinée persécutée.

. . . . .

En ce qui nous concerne, je suis persuadé que le Président Sékou Touré a très bien compris les mobiles de notre intervention, même s'il n'en a pas tenu compte et qu'il se gardera d'en tirer prétexte pour aliéner la sympathie que nous avons toujours montrée pour la Guinée."

Daraus ergibt sich, dass es sich nicht um eine Auseinandersetzung mit der Schweiz, sondern um eine Kraftprobe zwischen Guinea und dem Vatikan handelt. Wir glauben, dass es richtig war, dass wir uns für unsere Landsleute einsetzten. Auf der andern Seite würde es zu weit führen, wollten wir die Sache des Vatikans zur unsrigen machen.



Die Antwort auf die Kleine Anfrage gibt Gelegenheit, die Anerkennung für die Tätigkeit der Missionen und das Bedauern des Bundesrates über die Entscheidungen Guineas auszusprechen. Es soll aber nicht der Eindruck erweckt werden, dass wir uns damit in die Angelegenheiten Guineas einmischen wollen.

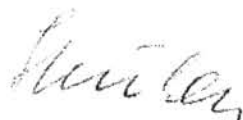
Was die künftige schweizerische Entwicklungshilfe an Guinea betrifft, ist eine gewisse Zurückhaltung sicher am Platze. Davon wird ein Bundesprojekt mittlerer Grösse betroffen, das nach langjährigen Vorarbeiten ungefähr zur Zeit entscheidungsreif geworden ist, als die Ausweisungen erfolgten (es handelt sich um Studien für die wirtschaftliche Erschliessung einer Region Guineas, die der Delegierte für technische Zusammenarbeit der seit längerem in Guinea tätigen Firma Motor Columbus anvertrauen wollte). Wir möchten einen Beitrag an dieses Projekt aber nicht endgültig ablehnen und vor allem Guinea nicht grundsätzlich von den Ländern ausschliessen, für die eine schweizerische Entwicklungshilfe in Frage kommt.

Gestützt auf diese Ueberlegungen stellt das Politische Departement den

A n t r a g :

Es seien die beiliegenden Antwortentwürfe für eine Antwort auf die Kleinen Anfragen Dürrenmatt und Binder gutzuheissen.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT



(Spühler)

2 Beilagen erwähnt.

Protokollauszug in 20 Ex. an das Politische Departement und an die Bundeskanzlei zum Vollzug, in 5 Ex. an das Volkswirtschaftsdepartement (Handelsabteilung) zur Kenntnis.

NATIONALRAT

Kleine Anfrage Dürrenmatt - vom 5. Juni 1967

Nach einer Meldung des Algerischen Pressedienstes vom 31. Mai hat die algerische Regierung erklärt, sie werde Truppen gegen Israel in das Feld stellen. Inzwischen hat sie diese Absicht verwirklicht.

Algerien wird vom Schweizerischen Delegierten für technische Zusammenarbeit unterstützt, das heisst, es bezieht schweizerische Entwicklungshilfe.

Ist der Bundesrat nicht der Meinung, es sei die Entwicklungshilfe der Schweiz solchen Staaten zu entziehen, die sich, ohne angegriffen worden zu sein, in kriegerische Aktionen stürzen?

Ist der Bundesrat bereit, die technische Zusammenarbeit mit Algerien sofort einzustellen und die frei werdenden Mittel einem andern Entwicklungsland zur Verfügung zu halten?

Antwort des Bundesrates

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die beschränkten Mittel für Entwicklungshilfe vor allem jenen Ländern zugute kommen sollen, die ihrerseits grösste Anstrengungen unternehmen, ihr Land zu entwickeln, die Wert auf gute Beziehungen zur Schweiz legen und bestrebt sind, ihre zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage des Rechts auszubauen. Beteiligt sich ein Entwicklungsland an einem Krieg, so führt dies unweigerlich zu einer Verlangsamung der Entwicklungsanstrengungen, da der Krieg wertvolle Kräfte des Landes absorbiert. Eine fruchtbare Entwicklungsarbeit wird in der Regel erst nach Beendigung der kriegerischen Aktionen wieder möglich sein. Deshalb haben sich die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft im Kriegsfall vor allem auf die Wiederherstellung des Friedens und die Linderung der durch den Krieg verursachten Leiden der Bevölkerung zu richten, während die Entwicklungshilfe notwendigerweise zurückgestellt werden muss.

Immerhin sollen laufende Aktionen der Entwicklungshilfe, dort wo die Umstände es erlauben, zu Ende geführt werden, um zu verhindern, dass durch einen plötzlichen Abbruch die bisherigen positiven Ergebnisse solcher Aktionen zunichte gemacht werden. Es ist nicht zu übersehen, dass die Entwicklungshilfe eine langfristige Aufgabe darstellt und ihre Handhabung keine Zweifel über die offizielle Haltung in internationalen Konfliktsfällen aufkommen lassen soll.

18.9.1967

(XXXVII - 16) - 586



## CONSEIL NATIONAL

Petite question Dürrenmatt - du 5 juin 1967

---

Selon un communiqué du 31 mai émanant du service de presse algérien, le gouvernement algérien a déclaré qu'il enverrait des troupes pour combattre Israël. Cette intention a été réalisée depuis lors.

L'Algérie reçoit un appui du délégué à la coopération technique, ce qui revient à dire qu'elle bénéficie de l'aide suisse aux pays en voie de développement.

Le Conseil fédéral n'est-il pas d'avis que l'aide suisse au développement devrait être retirée aux pays qui, sans avoir été attaqués, ouvrent des hostilités.

Le Conseil fédéral est-il disposé à suspendre immédiatement la coopération technique avec l'Algérie et à mettre les ressources ainsi libérées à disposition d'un autre pays en voie de développement?

Réponse du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est d'avis que les moyens limités dont nous disposons pour l'aide au développement doivent essentiellement profiter à des pays qui, de leur côté, entreprennent les plus grands efforts possible pour leur développement, qui attachent du prix à de bonnes relations avec la Suisse et qui s'appliquent à édifier leurs relations intergouvernementales sur la base du droit. Lorsqu'un pays est impliqué dans un conflit armé, ces efforts sont nécessairement ralentis parce que la guerre absorbe des forces précieuses. Ce n'est en général qu'à la fin des hostilités que l'aide au développement pourra être reprise avec succès. Pour ces raisons, en temps de guerre, la communauté internationale s'efforce surtout de rétablir la paix et de soulager les souffrances des populations touchées par les hostilités, alors que l'aide au développement doit nécessairement être mise en veilleuse.

Toutefois, les actions d'aide au développement qui sont en cours devraient être poursuivies pour autant que les circonstances le permettent afin d'éviter qu'une interruption brutale de ces actions ne vienne ruiner les résultats positifs déjà acquis. Il ne faut pas perdre de vue que l'aide au développement constitue une tâche de longue haleine et que sa pratique ne doit susciter aucun doute sur l'attitude officielle face à des conflits internationaux.

NATIONALRAT

Kleine Anfrage Binder - vom 27. Juni 1967

Die Ausweisung schweizerischer Missionare und Laienhelfer aus Guinea steht in krassem Gegensatz zu den Anstrengungen dieses Landes, über die Entwicklungshilfe die Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten zu verbessern. Wie stellt sich der Bundesrat zur Frage der künftigen schweizerischen Entwicklungshilfe gegenüber diesem Land in Hinblick auf dessen neueste Entscheidungen?

Antwort des Bundesrates

Die Arbeit schweizerischer Missionare und Laienhelfer ist ein bedeutender schweizerischer Beitrag an die Entwicklungsländer. Sie ist nicht nur im Hinblick auf die Förderung der Entwicklungsländer auf sozialem Gebiet, insbesondere im Schul- und Gesundheitswesen, lebhaft zu begrüssen, sondern auch weil sie sich fruchtbar auf die geistigen Beziehungen unseres Landes zu den betreffenden Ländern auswirkt. Der Bundesrat bedauert deshalb, dass es einer Anzahl schweizerischer Missionare und Laienhelfer verunmöglicht wurde, ihre Werke in Guinea weiterzuführen.

Als souveräner Staat ist Guinea jedoch frei zu entscheiden, was für Hilfe es annehmen und was für Hilfe es ablehnen will. Dazu kommt, dass die Ausweisungen nicht nur schweizerische Staatsangehörige betrafen und somit nicht gegen die Schweiz als solche gerichtet waren. Sie bezweckten in erster Linie die Ausschaltung ausländischen Einflusses auf die Kirche in Guinea. Es besteht also zwischen ihnen und der Entwicklungshilfe nur ein indirekter Zusammenhang.

Es kann keineswegs in Frage kommen, den Ausfall an Hilfe der christlichen Missionen durch staatliche schweizerische Hilfe zu ersetzen. Andererseits kann es auch nicht die Meinung haben, Guinea in alle Zukunft von jeder Hilfe auszuschliessen.

18.9.1967

(XXXVII - 16 ) - 633

## CONSEIL NATIONAL

Petite question Binder - du 27 juin 1967

L'expulsion de missionnaires et d'auxiliaires laïcs par le gouvernement de la Guinée est en flagrante contradiction avec les efforts entrepris par ce pays en vue d'améliorer les possibilités d'instruction et de formation avec le concours de l'aide au développement. Quelle attitude le Conseil fédéral adopte-t-il après les récentes décisions du gouvernement guinéen en ce qui concerne la poursuite de l'aide au développement fournie par la Suisse?

Réponse du Conseil fédéral

Le travail des missionnaires et des auxiliaires laïcs suisses est une contribution importante au développement du Tiers-Monde. Ce travail doit être vivement encouragé puisque non seulement il s'inscrit dans une perspective de promotion sociale du Tiers-Monde, en particulier dans le secteur de l'éducation et de la santé, mais aussi parce qu'il peut avoir d'heureuses répercussions sur les liens qui existent entre notre pays et les pays en voie de développement. Le Conseil fédéral regrette dès lors qu'un certain nombre de missionnaires et d'auxiliaires laïcs aient été empêchés de poursuivre leur oeuvre en Guinée.

En tant qu'Etat souverain, la Guinée est évidemment libre de choisir l'aide qu'elle juge pouvoir accepter et celle qu'elle préfère rejeter. De plus, il convient de remarquer que les mesures d'expulsion ne touchaient pas que des citoyens suisses et qu'elles n'étaient de ce fait pas dirigées contre la Suisse en particulier. Elles visaient d'abord à l'élimination de l'influence étrangère sur l'église guinéenne. Il n'y a donc entre elles et l'aide au développement qu'une relation très indirecte.

Il ne saurait en aucun cas être question de suppléer à l'aide missionnaire par une aide gouvernementale suisse. Cela ne doit toutefois pas signifier que la Guinée sera exclue de toute aide ultérieure.

18.9.1967

(XXXVII - 16) - 633